

Forum

Demokratiedefizit

Nur gerade 185 Bezirksbürgerinnen und Bezirksbürger folgten der Einladung des Bezirkesrates und nahmen an der diesjährigen Bezirksgemeinde teil. Das sind gerade einmal ein halbes Prozent der rund 38 000 Stimmberechtigten des Bezirks Schwyz. Dabei ging es um nicht weniger als um das Budget und den Steuerfuss 2019 mit direkten steuerlichen Folgen für die rund 33 000 natürlichen Personen und für die zirka 2500 juristischen Personen. Selbst der Aufruf der Liberalen zu einer Steuersenkung und die zu erwartende engagierte Debatte darüber liessen die Bürgerschaft kalt und änderten nichts an der kläglichen Teilnahme. Weil der Kanton im Gemeindeorganisationsgesetz den Bezirken und Gemeinden den Versammlungsbeschluss vorschreibt und eine Urnenabstimmung etwa durch ein fakultatives Referendum darüber nicht möglich ist, bleibt es beim Verdikt des vertrauten «Kaffee-Chränzli».

Damit hat wohl die Beteiligungsquote an der zentralen Budgetgemeinde des Bezirks ihren absoluten Tiefstand erreicht. Das hindert den Bezirksrat allerdings nicht, zur Tagesordnung

überzugehen und im gleichen Tramp weiterzufahren. Ja, er wehrt sich gar mit seltsam fadenscheinigen Argumenten gegen die Initiative zur Einführung der Urnenwahl im Bezirk Schwyz. Es soll alles so bleiben, wie es ist – nur ja nichts verändern!

Man begreift sich eben als «Familie», die über einen finanziell opulent ausgestatteten Haushalt verfügt. Das gehortete Eigenkapital beträgt heute nicht weniger als 24 Millionen Franken, und die jährlichen Steuereinnahmen sprudeln reichlich. Mit diesem Hintergrund kann man beinahe jedem etwas geben und vor allem auch – nach Regionen ausgewogen, versteht sich – goldene Schulhäuser und Sportanlagen bauen. Die Finanzlage bleibt mehr oder weniger konstant – es läuft ja rund, zumindest für alle, die davon profitieren. Auch hat man die Bezirksgemeinde jederzeit im Griff: Oder etwas überspitzt gesagt: Allein mit den Angestellten und ihren Assoziierten lässt sich jede von aussen angestrebte Veränderung jederzeit parieren.

Und letztlich wird ja auch der demokratische Prozess nach dem Gesetz

eingehalten. Das trifft zwar dem Buchstaben nach zu. In der Praxis ist allerdings ein echtes Demokratiedefizit festzustellen. Das zeigt nur schon ein Blick auf die Beteiligungsquote an den vom Bezirk Schwyz in den letzten Jahren durchgeführten Urnenabstimmungen über Sachgeschäfte. In den acht jüngsten Urnengängen nahmen regelmässig über 18 500 Stimmberechtigte oder 52 Prozent teil. In einem Fall waren es gar mehr als 24 000 oder zwei Drittel der Stimmberechtigten, welche die Beschlussfassung demokratisch legitimierten.

Es gibt wohl in der ganzen Schweiz keine Körperschaft, welche mit 38 000 Stimmberechtigten (etwa vergleichbar mit der zehntgrössten Schweizerstadt, Biel) heute noch das Versammlungssystem mit abschliessender Beschlussfassung über Budget und Steuerfuss kennt. Kommt im Bezirk Schwyz dazu, dass dieser als Zusammenschluss von 15 Gemeinden ein sehr heterogenes Gebilde ist – mit stark divergierenden Bevölkerungsschichten und unterschiedlich ausgerichteten Talschaften. Die mangelnde Beteiligung an der demokratischen Willensbildung mit weiterhin sinken-

der Tendenz ist denn auch hierzulande ein zentrales Demokratieproblem.

Als Lösungsansatz steht dabei die Einführung eines Bezirksparlaments im Vordergrund, wie das in ähnlich grossen Gemeinden oder Städten der Schweiz in Form eines Grossen Gemeinderates oder Grossen Stadtrates schon längst üblich ist, und wie es übrigens auch unsere Schwyzer Kantonsverfassung vorsieht. Allerdings wäre ein solcher Ansatz zur Beseitigung des wachsenden Demokratiedefizits im Kanton Schwyz singulär und wohl auch ziemlich revolutionär. Dies um so mehr, als sich ja der Bezirksrat Schwyz allein schon gegen die längst fällige Einführung der Urnenwahl zur Wehr setzt.

Dennoch kann die Beschlussfassung durch eine Handvoll Bezirksbürger und Bezirksbürgerinnen über die zentralen Führungsinstrumente wie Budget und Steuerfuss nicht mehr weiter toleriert werden. Die demokratische Legitimität, aber auch die viel gerühmte Transparenz werden dadurch mit Füßen getreten. Wenn der politische Wille für eine Veränderung fehlt, dann bleibt wohl nur der Weg

über die Justiz. Die Kantonsverfassung, welche ausdrücklich eine demokratische Organisation vorschreibt, würde dazu eine ausreichende Grundlage bieten, um zumindest den Wink mit dem Zaunpfahl durch den Richter zu erreichen.



Toni Dettling
Der heutige Autor Toni Dettling war FDP-Ständerat.

Hinweis

Im «Bote»-Forum schreiben regelmässig prominente Schwyzerinnen und Schwyzer. Sie sind in der Themenwahl frei und schreiben autonom. Der Inhalt des «Bote»-Forums kann, muss sich aber nicht mit der Redaktionshaltung decken. (red)

LESERBRIEFE**Peinliche Witze im Kantonsrat**

Zur Kantonsratsitzung

Am Mittwoch im Kantonsrat sagte Kaspar Michel (FDP): «Man kann nicht den Fünfer, das Weggli und die Bäckerstochter gleichzeitig bekommen.» Und Adi Föhn (SVP) doppelte nach: «Eine Bäckerstochter brauchen wir nicht. Ich hätte sogar eine zu bieten.» Zur Erheiterung des Parlaments zeichnen sie also das Bild von jungen Frauen, die von ihren Vätern als Prostituierte oder zukünftige Ehefrauen an Kunden verschachert werden.

Die Abwertung von Frauen, die in diesen beiden lustig dahergesagten Sätzen steckt, ist ihnen wahrscheinlich nicht einmal bewusst. Und auch der «Bote der Urschweiz» druckt diese Aussagen in seiner Spalte der humorvollsten Aussagen aus dem Ratsbetrieb ab, ohne sie zu kommentieren.

Es ist bezeichnend, dass man sich im rechtskonservativ dominierte Schwyzer Kantonsrat in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung (von 100 Mitgliedern sind 90 Männer) offenbar auch im Jahr 2018 immer noch über die Prostitution von Frauen amüsieren kann, wie in einem ekligem Alt-Herrenclub. Es ist höchste Zeit, dass sich das ändert. 2019/2020 ist Wahljahr. Dies gibt uns Gelegenheit, endlich dafür zu sorgen, dass ein neues Frauenbild in die Schwyzer Politik einzieht. Und vor allem, dass endlich mehr Frauen mitreden und mitbestimmen – und nicht mehr länger bloss Objekte von peinlichen Witzen zum Amüsement der anwesenden Herren sind.

Karin Schwiter, Alt-Kantonsratspräsidentin, Lachen

«Bote»-Reporterphone**Gemeinderat soll Szenarien aufzeigen**

Zur Gemeindeversammlung Schwyz

Im Bericht des «Boten der Urschweiz» vom 13. Dezember über die Gemeindeversammlung wurde zu den Ausführungen der FDP-Ortspartei geschrieben, dass mit Überschüssen Fremdkapital abgebaut und höhere Abschreibungen budgetiert werden sollen, wonach Steuersenkungen in greifbare Nähe rückten. So einfach ist es nicht.

In den nächsten 5 bis 10 Jahren sollen bis zu 5000 neue Einwohner in die Gemeinde Schwyz ziehen. Die eingezonten und zum Teil bereits sich im Bau befindlichen Wohngebiete belegen diese geplanten Wachstumszahlen. Damit die Wachstumsziele erreicht und die eingezonten Wohngebiete von neuen Gemeindebürgern bewohnt werden können, muss die Gemeinde Schwyz die Standortattraktivität aufrechterhalten, wenn nicht gar steigern.

Für ein gesundes und nachhaltiges substantielles Wachstum der Gemeinde Schwyz sind nebst den geplanten neuen Wohngebieten (See-

wen Feld, Mättivor, Ibach Hof etc.) neue Arbeitsplatzgebiete (Zeughausareal) unabdingbar. Neue Wohn- und Arbeitsplatzgebiete verlangen nach Investitionen seitens der öffentlichen Hand (Muotabrücke West, Seewen Zentrum, Franzosenstrasse etc.), damit die dafür benötigte Infrastruktur gewährleistet werden kann.

Basierend auf dem vorgelegten Finanzplan 2020 bis 2022 und unter Miteinbezug der durchschnittlich anfallenden Budgetabweichungen ist eine ausgeglichene Laufende Rechnung realistisch. Damit die Nettoverschuldung der Gemeinde nicht ins Uferlose gelangt, sind Gegenmassnahmen notwendig. Fremdkapital kann lediglich abgebaut werden, wenn die laufende Gemeindefinanzierung ausreichend frei verfügbare Geldmittel generieren kann, welche die jährlichen Investitionen und angemessene Fremdkapitalamortisationen zu decken vermag.

Zur Steigerung der Standortattraktivität gehören nebst vielen anderen Komponenten eine intakte und zukunftsorientierte Infrastruktur, kurze

Arbeitswege und nicht zuletzt eine attraktive und im innerkantonalen Vergleich wettbewerbsfähige Steuerpolitik. Eine Senkung des Steuerfusses trägt zur Standortattraktivität bei, fördert das geplante und benötigte Einwohnerwachstum, wodurch wiederum die Steuerkraft und somit die Steuereinnahmen steigen. Mit höheren Steuereinnahmen können höhere Abschreibungen finanziert und allenfalls Rechnungsüberschüsse erzielt werden. Geldmittel, welche durch gedeckte Abschreibungen generiert werden und Überschüsse der laufenden Rechnung können zur Deckung der laufenden Investitionen und zur Amortisation von Fremdkapital verwendet werden.

In der Botschaft für den Voranschlag 2019 der Gemeinde Schwyz führt der Gemeinderat auf Seite 16 unter dem Untertitel «Ausblick» aus, dass «die Potenziale in den Bereichen Wohnen und Arbeiten die Finanzkraft steigen lassen. Mittelfristig spülen das Bevölkerungswachstum und die Wirtschaft höhere Steuererträge in die Gemeindekasse. Der kurzfristige

Anstieg der Verschuldung kann im Sinne einer Vorinvestition verkraftet werden.» Diese Ansicht vertritt die FDP. Die Liberalen der Gemeinde Schwyz ebenfalls. Die Gemeinde Schwyz hat den Wachstumskurs mit der Einzonung von Bauland vor Jahren eingeschlagen und muss diesen nun konsequent weiterverfolgen.

Das vorerwähnte Szenario «Investitionen und Steuersenkung -> Wachstum» ist eines von vielen und von liberaler Seite befürwortet. Wie der Gemeinderat die langfristige finanzielle Zukunft sieht, wissen wir lediglich in wagen Worten. Die FDP. Die Liberalen der Gemeinde Schwyz und dem Vernehmen nach auch andere Ortsparteien würde es sehr begrüssen, wenn der Gemeinderat seine Ansichten bezüglich Finanzstrategie der Gemeinde Schwyz in Szenarien und groben Zahlen aufzeigen und dadurch Licht ins Dunkel bringen könnte.

Ivo Husi, Präsident FDP. Die Liberalen der Gemeinde Schwyz

19 Jahre auf Tempo 30 gewartet

Zu Tempo 30 in Seewen

Eine unglaublich lange – und für die Bewohner von Unterseewen leidige – Geschichte geht weiter. Seit Sommer 2011 gilt im besiedelten Teil von Unterseewen Zone 30. Die verkehrsgeplagten Anwohner und der damalige Einwohnervereinsvorstand reichten das Gesuch für den «30er» bereits im Jahre 1992 ein. Ja, amtliche Mühlen mahlen halt langsam.

Nach einer ersten Beschilderung folgten Monate später Nachbesserungen, die dann in Rechtskraft übergingen. Das Gesetz schreibt vor, dass spätestens eineinhalb Jahre nach der rechtswirksamen Einführung von Tempozonen über die Wirkung der

Markierung Fazit gezogen – und wo nötig nachgebessert – werden muss, wenn regelmässig über 10 Prozent der vom Radar Gemessenen zu schnell unterwegs sind.

Letzteres ist – aktenkundig – seit Jahren der Fall. Seit über sieben Jahren wird Monat für Monat das Tempo der Fahrzeuglenker gemessen, und regelmässig werden zwischen 10 bis 23 Prozent der Lenker gebüsst, weil zu schnell unterwegs. Die Rechnung ist schnell gemacht, der Staat verdient bisher mit Radarmessungen in Unterseewen schon Hunderttausende von Franken Bussengelder. Und er wird es mit Sicherheit noch weiter tun. Denn obwohl die Anwohner und der Quartierverein sich schon 2011/12 die Mühe

nahmen, auf die Missstände der aktuellen Markierung Zone 30 hinzuweisen, kam es bis heute weder zu einer Aussprache noch konkret zu baulichen Anpassungen. Motto: Die Signalisation reicht. In der Praxis heisst dies, dass auch in Zukunft weiter kräftig geblitzt, weiter Lärm von schnellen Fahrern produziert und weiter die Verkehrssicherheit aufs Spiel gesetzt wird.

Die Anwohner überrascht es daher nicht, dass es immer wieder – wie jüngst – zu teils schweren Verkehrsunfällen auf der Seewenstrasse kommt.

Peter Rickenbacher, Präsident Quartierverein Unterseewen und Seewenstrasse

Ihr Leserbrief

Der «Bote der Urschweiz» versteht sich als Forums-Zeitung, die den verschiedenen Meinungen und Ansichten zur Verfügung steht. Trotzdem gelten aber auch für Leserbriefe einige Regeln.

- Ihr Leserbrief muss mit Name, Vorname, genauer Adresse und Telefonnummer versehen sein, damit uns die Urheberschaft zweifelsfrei bekannt ist und Rückfragen möglich sind.
- Kurze Leserbriefe haben eher eine Chance, abgedruckt und gelesen zu werden.
- Um Fehler und Missverständnisse zu vermeiden, werden handgeschriebene Leserbriefe nicht akzeptiert und veröffentlicht.

Redaktion «Bote der Urschweiz»